



TOP	Gegenstand	Seite	Vorlagen-Nr.
	<b>I. <u>Öffentlicher Teil</u></b>		
1.	Niederschrift über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses vom 27.01.2011	4	
2.1	Multicenterprojekt „KinderZukunft NRW“ <u>hier:</u> Anfrage der Ratsfrau J. Mäsgen (Grüne) in der Sitzung des JHA am 27.1.2011	4	57/06 r
2.2	Hilfen zur Erziehung <u>hier:</u> Ausbau der Frühen Hilfen	5	57/06 s
3.	Kindertagesbetreuung <u>hier:</u> Vorstellung des Stadtelternbeirates	7	48/88 cx
4.	Anerkennung der „Schumaneck Kinderhaus eGmbH“ als örtlicher Träger der freien Jugendhilfe gemäß § 75 SGB VIII	10	127/93 m
5.	Mitteilungen		
5.1	Kennzahlen zu ausgewählten Arbeitsbereichen im Jugendamt	10	6/11
5.2	Kindertageseinrichtung St. Severin in Schwadorf	11	
6.	Anfragen		
6.1	Sozialkonferenzen an Brühler Grundschulen <u>hier:</u> Anfrage von Ratsfrau J. Mäsgen (Grüne)	11	35/07 l
6.2	Kindertagespflege in Brühl <u>hier:</u> Entzug der Pflegeerlaubnis <u>Bezug:</u> Anfrage des Ratsherrn Weitz (SPD) in der Sitzung des JHA am 27.1.2011	12	149/88 ev
6.3	Hilfen zur Erziehung <u>hier:</u> Anfrage der Vorsitzenden Frau Küster in der Sitzung des JHA am 23.9.2010	12	57/06 t
6.4	Tagesbetreuung in Einrichtungen <u>hier:</u> Betreuungszeiten nach dem Kinderbildungsgesetz (KiBiz) in Brühler Tageseinrichtungen <u>Bezug:</u> Anfrage des Ratsherrn Weitz (SPD) in der Sitzung des JHA am 27.1.2011	12	48/88 cw
6.5	Kindertageseinrichtung St. Severin in Schwadorf Anfrage Ratsherr Köllejan (CDU)	13	
6.6	Pfadfinderheim Brühl-Heide Anfrage sachkundiger Bürger Wasem	13	
6.7	Karnevalsparty im Jugend- und Kulturhaus „Cultra“ Anfrage Ratsfrau Mäsgen (Grüne)	13	
6.8	Spielplatz Auf der Pehle Anfrage Herr Wehrhahn (AWO)	14	

	<b>II. <u>Nichtöffentlicher Teil</u></b>		
7.	Mitteilungen	13	
	Mitteilung Herr Passon (Polizei) <u>hier:</u> Kriminalstatistik	13	
8.	Anfragen	13	

Die **Vorsitzende Küster (CDU)** eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass zu der Sitzung frist- und formgerecht eingeladen wurde. Änderungswünsche zu der Tagesordnung bestehen nicht.

Zu Beginn der Sitzung verpflichtet die **Vorsitzende Küster (CDU)** Frau Wackernagel (Ev. Kirche) und Herrn Passon (Polizei) mit der Verpflichtungsformel, da beide erstmalig an einer Sitzung teilnehmen.

## 1. Niederschrift über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses vom 27.01.2011

Gegen die Fassung der Niederschrift vom 27.01.2011 werden keine Einwände erhoben.

### 2.1 Multicenterprojekt „KinderZukunft NRW“

hier: Anfrage der Ratsfrau J. Mäsgen (Grüne) in der Sitzung des JHA am 27.1.2011  
- Vorlagen-Nr. 57/06 r

Zu dem Tagesordnungspunkt begrüßt die **Vorsitzende Küster (CDU)** Herrn Dr. Schmidt vom Marienhospital Brühl und weist darauf hin, dass es sich bei diesem Projekt um einen weiteren Baustein zum Ausbau der Frühen Hilfen handelt.

**Herr Dr. Schmidt** bedankt sich für die Einladung und verteilt die entsprechende Projektbroschüre und erläutert nachfolgend den Inhalt des so genannten Risiko- oder Inventar-Bogens, mit dessen Hilfe eine prekäre soziale Situation eines Kindes bzw. der Familie ermittelt werden soll.

In seinen weiteren Ausführungen weist er darauf hin, dass derzeit nur die Kinder des südlichen Rhein-Erft-Kreises in dieses Projekt aufgenommen werden. Dies bedeute aber nicht, dass die anderen Kinder gänzlich außer Acht gelassen würden. Sollte in diesen Fällen ein Hilfebedarf erkannt werden, würde selbstverständlich auch hier eine Vermittlung an zuständige Stellen erfolgen. Eine Projektaufnahme erfolge aber nicht.

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt wurde nach der Auswertung des Screening-Bogens bisher noch kein auffälliges Kind festgestellt.

Ein Nebeneffekt des Projektes ist es, die Zusammenarbeit zwischen „System Sozialer Dienst“ und dem „System Mediziner (Geburtshelfer)“ zu verbessern.

Nach einem Erfahrungswert wird durchschnittlich mit 40 auffälligen Kindern pro Jahr in Brühl gerechnet.

Auf die Frage von **sachkundigem Bürger Wasem (CDU)**, von welchem Prozentsatz man bei 40 auffälligen Kindern ausgehen könne, erwidert **Herr Dr. Schmidt (Marienhospital Brühl)**, dass dies rd. 4% der Gesamtkinder (statistischer Wert) sei.

Weiterhin fragt **sachkundiger Bürger Wasem (CDU)** nach der besonderen Qualifikation einer Familienhebamme im Gegensatz zu einer allgemeinen Hebamme. **Herr Dr. Schmidt (Marienhospital Brühl)** informiert, dass neben den allgemeinen Betreuungsaufgaben durch eine Hebamme, eine Familienhebamme darüber hinaus für die Vernetzung mit sozialen Einrichtungen zuständig ist. Es gibt auch besondere Ausbildungsinstitute für Familienhebammen.

**Frau Reisner (Sonderspaß e. V.)** fragt an, was das Institut zur Modernisierung von Wirtschafts- und Beschäftigungsstrukturen mit Kinderzukunft zu tun habe. **Herr Dr. Schmidt (Marienhospital Brühl)** teilt mit, dass es sich hier vor allem um die organisatorische Betreuung des Projektes handelt.

**Ratsfrau Dr. Frantziach-Immenkeppel (CDU)** fragt an, ob es sich bei der Brühler Geburtsklinik um das Marienhospital Brühl handelt, was Herr Dr. Schmidt bestätigt. Weiterhin wird angefragt, ob es sich hier um ein finanziertes Landesprojekt handelt. **Herr Dr. Schmidt (Marienhospital Brühl)** informiert, dass das Brühler-Projekt leider bei der Auswahl der Landesprojekte keine Berücksichtigung gefunden habe. Mit dem sozialpädagogischen Zentrum jedoch konnte zunächst ein Finanzier für ein Jahr gefunden werden. Selbstverständlich sollte anschließend bei entsprechendem Bedarf das Projekt weitergeführt werden und man werde sich rechtzeitig um die Finanzierbarkeit - ggf. durch Landesmittel – bemühen.

**Ratsherr Wehr (FDP)** fragt an, ob die personelle Kapazität im Marienhospital Brühl für dieses Projekt ausreichend sei und ob es evtl. eine Obergrenze gäbe.

**Herr Dr. Schmidt** teilt mit, dass im Durchschnitt für 1.000 Geburten ca. eine halbe bis ganze Stelle angesetzt werde. Für Brühl mit rd. 500 Geburten für den südlichen Rhein-Erft-Kreis bedeutet dies ca. eine viertel Stelle. Er glaube aber, dass eine solche Stelle nicht ausreichend sei.

**Ratsfrau Dr. Frantziach-Immenkeppel (CDU)** fragt nach der Vertretung der mit diesen Projektaufgaben betrauten Krankenschwester bei deren Verhinderung.

**Herr Dr. Schmidt** weist darauf hin, dass für diesen Fall eine Vertretung bereitstehe.

Die **Vorsitzende Küster (CDU)** bedankt sich bei Herrn Dr. Schmidt für seine ausführlichen Erläuterungen zu dem vorgestellten Projekt.

### **Beschluss:**

Der Jugendhilfeausschuss nimmt den Bericht des Bürgermeisters zur Kenntnis.

## **2.2 Hilfen zur Erziehung** **hier: Ausbau der Frühen Hilfen** **- Vorlage 57/06 s**

**Sachkundiger Bürger Wasem (CDU)** begrüßt sehr die Vielzahl der Maßnahmen im Bereich der Frühen Hilfen und fragt nach, ob es Erkenntnisse gibt, warum das Angebot des Elternbesuchsdienstes abgelehnt werde.

**Herr Schmitz (Verwaltung)** teilt mit, dass ihm die genauen Gründe nicht bekannt sind. Er könne sich aber auch gut vorstellen, dass die Eltern grundsätzlich kein Interesse an einem solchen Besuch hätten, da sie z.B. schon mehrere Kinder hätten oder aber aus grundsätzlichen Erwägungen heraus einen solchen Besuch nicht möchten. Es handelt sich um ein städtisches Angebot von Beratung oder aber auch nur zum Kennenlernen, das jedem frei stehe, es anzunehmen.

Die sich daraus evtl. abzuleitende Vermutung, dass hier vielleicht eine Kindeswohlgefährdung vorliegt, könne so nicht grundsätzlich vorgenommen werden. Der Elternbesuchsdienst verstehe sich nicht als Kontrollorgan, sondern

vielmehr dient der Besuch dazu, dass die Personen sich vorstellen als Mitarbeiter mit einer speziellen Ausbildung und im Falle eines Bedarfes die Ansprechpartner seien.

Das Elternbegleitbuch werde aber allen Eltern zugesandt, die dies wünschten.

**Sachkundiger Bürger Wasem (CDU)** fragt an, ob es eine Qualifikation für Familienpaten gibt, wie diese aussehe und an wen man sich wenden müsse.

**Herr Schmitz (Verwaltung)** informiert darüber, dass die Stadt Brühl z. Zt. im Aufbau des Angebotes von Familienpaten stehe. Es werde ein Träger gesucht, der selber wiederum ehrenamtliche Familienpaten suche und diesen dann auch eine kurze Ausbildung zukommen lasse. Diese Paten sollen dann in Familien unterstützend tätig werden. Zugleich werde es auch einen entsprechenden Aufruf geben (vermutlich Sommer 2011).

**Sachkundiger Bürger Wasem (CDU)** fragt hinsichtlich der angebotenen Haushaltsorganisation nach, ob es bei den Betroffenen Rückmeldungen gibt, dass ein Bedarf bestehe oder aber erfolgt eine Nachfrage nach gewisser Zeit durch die Haushaltshelfer.

**Herr Schmitz (Verwaltung)** teilt mit, dass z. Zt. die Haushaltshelfer i. R. d. der Haushaltsorganisation noch nicht im Einsatz sind. Es lägen nur Erkenntnisse vom Einsatz der Hilfen im Bereich der Hilfen zur Erziehung vor, z.B. durch den Caritasverband. Sobald erkennbar sei, dass eine solche Haushaltshilfe nicht mehr benötigt werde, würde diese Hilfestellung umgehend beendet.

**Sachkundiger Bürger Wasem (CDU)** möchte wissen, wann und womit der Einrichtung des dargestellten Spielzeuglagers zu rechnen sei.

**Herr Schmitz (Verwaltung)** teilt mit, dass zum 1. 4.2011 die Einrichtung eines Spielzeuglagers beim Jugendamt selber geplant sei. Neuartiges wie auch gut erhaltenes Spielzeug - mit Ausnahme von Plüschtieren - werde dann dort eingelagert.

**Ratsherr Weitz (SPD)** fragt an, ob aufgrund des Mangels an Familienhebammen hier an eine grundsätzliche Ausbildungsförderung gedacht sei.

**Herr Schmitz (Verwaltung)** liegen hierüber keine Erkenntnisse vor. Nach eigenem Kenntnisstand wird jedoch darauf hingewiesen, dass eine Familienhebamme eine zweijährige Zusatzausbildung absolvieren müsse, die dann insbesondere die sozialen Aspekte abdecke. Nicht jede Hebamme aber sehe sich dazu berufen, diese Ausbildung zusätzlich noch durchzuführen.

Sofern nicht genügend Familienhebammen zur Verfügung stünden, müsse man sich zwingend dann mit anderen qualifizierten Kräften zunächst mal behelfen.

**Herr Assenmacher (Caritas)** stellt einen steigenden Bedarf an Familienhebammen fest und verweist in diesem Zusammenhang auf die anstehenden Erörterungen beim Entwurf des Bundeskinderschutzgesetzes hin.

**Herr Schmitz (Verwaltung)** weist darauf hin, dass die freiberufliche Tätigkeit einer solchen Familienhebamme aufgrund der in den letzten Jahren erheblich gestiegenen Versicherungsprämien doch extrem zurückgegangen sei, nicht zuletzt eben auch aufgrund der fehlenden Lukrativität dieser Tätigkeit. Dieses Problem könne jedoch nicht vor Ort gelöst werden.

Abschließend stellt **Herr Schmitz (Verwaltung)** das neue professionell überarbeitete Elternbegleitbuch vor, das voraussichtlich im Mai dieses Jahres zur Verfügung stehen wird.

Die **Vorsitzende Küster (CDU)** verweist zum Abschluss der Beratungen auf die ihrer Meinung nach wichtige Aussage in der Vorlage-letzter Absatz- hin: „Viele Sorgeberechtigte machten die Termine für die Untersuchungen aufgrund des Anschreibens der örtlichen Jugendhilfe.“  
Damit sei bereits sehr viel erreicht worden.

### **Beschluss:**

Der Jugendhilfeausschuss nimmt den Bericht des Bürgermeisters zur Kenntnis.

### **3. Kindertagesbetreuung hier: Vorstellung des Stadtelternbeirates - Vorlagen-Nr. 48/88 cx**

Zu dem Tagesordnungspunkt begrüßt die **Vorsitzende Küster (CDU)** die Vertreter des Stadtelternrates, Frau Fröhlich und Herrn Gies, und bittet sie um die Vorstellung ihrer Arbeit.

**Frau Fröhlich** bedankt sich zunächst im Namen des Stadtelternrates für die Einladung in den Jugendhilfeausschuss.  
Im Stadtelternrat sei sie Ansprechpartner für die städtischen Tageseinrichtungen, Herr Gies für die evgl. Tageseinrichtungen und Frau Ortwein für die kath. Tageseinrichtungen. Der Stadtelternrat sei ein Zusammenschluss von 14 Elternbeiräten, der sich den allgemeinen Gedankenaustausch über Angelegenheiten der Kindertageseinrichtungen zur Aufgabe gemacht hat. Des Weiteren sieht sich der Stadtelternrat auch als Ansprechpartner für einen Informationsaustausch mit Rat und Verwaltung. Aus dem ausgeteilten Informationsblatt des Stadtelternrates sind die Kontaktdaten ersichtlich und es wird auch darauf hingewiesen, dass zukünftig auch die Interessen der Tagespflegepersonen mitvertreten werden sollen.  
Es müsse abschließend festgestellt werden, dass im Stadtelternrat kein privater Kindergarten vertreten sei.

**Herr Gies** bedankt sich ebenfalls für die Einladung und spricht sogleich ein aus Sicht des Stadtelternrates aktuelles Problem der Betreuung von Kindern des letzten Kindergartenjahres vor Schulbeginn aufgrund der späten Sommerferien an. Aufgrund der unterschiedlichen Schließzeiten der verschiedenen Tageseinrichtungen könne ein Zeitraum von 5,5 -6 Wochen entstehen, für den keine Betreuung gegeben sei.

Die Stadt habe zwar für diese Kinder ein entsprechendes Angebot durch die OGS-Betreuung Rapunzel für 2 Wochen zum Preis von 80 EUR/Woche an einer OGS-Schule vorgelegt. Dies begrüße der Stadtelternrat. Der Preis von aber von 80 EUR/Woche sei jedoch bei vielen Eltern als finanziell grenzwertig anzusehen.

Des Weiteren wird darauf hingewiesen, dass bei Tageseinrichtungen, die die 2. Hälfte der Sommerferien (ab 15.8.2011) geschlossen haben, für die neu

aufgenommenen Kinder ab dem Kindergartenjahr 2011/2012 (Beginn: 1.8.2011) lediglich eine 14-tägige Betreuung (Eingewöhnungszeit) besteht, die dann bereits durch 3 Wochen Schließzeit unterbrochen werde. Nach dieser Schließzeit müsse dann erneut eine Eingewöhnung in den Tagesablauf einer Einrichtung erfolgen, was insbesondere für berufstätige Eltern nicht gerade einfach sei, da in diesem Falle die Kinder zweimal eine Eingewöhnungszeit hätten. Es ist daher davon auszugehen, dass in diesen Fällen trotz möglicher Inanspruchnahme des Platzes zum 1.8. die Kinder dann erst mit Beginn der Öffnungszeit der Tageseinrichtung nach der Schließzeit, also am 5.9.2011, den Platz tatsächlich belegen werden.

Der Stadtelternrat bittet daher den Jugendhilfeausschuss und die Verwaltung eine andere Regelung herbeizuführen, da ja zumindest die freien Plätze der Schulabgänger belegt werden könnten. In diesem Zusammenhang wird auf die Regelung der Stadt Köln verwiesen, die den Beginn des Kindergartenjahres auf den 1.9. festgesetzt hat (entspricht nicht dem KiBiz) und auf die Stadt Erfstadt, die ebenfalls eine Betreuungsmöglichkeit gefunden hat.

Es wird daher nochmals darum gebeten, diese lange Schließzeit im Hinblick auf die Betreuung der Kinder zu erleichtern und freibleibende Plätze zu belegen.

**Fachbereichsleiter Nahlik** weist darauf hin, dass die Stadt Brühl eine 3-wöchige Ferienbetreuung für diese Kinder sicherstellt und zwar 1 Woche noch in den Kitas und 2 Wochen über das entsprechende OGS-Angebot Rapunzel im August. Die Information über diese Ferienbetreuung ist zudem auch an alle Medien gegangen. Es wird festgestellt, dass für alle Brühler Kinder mit entsprechendem Bedarf auch ein entsprechendes Betreuungsangebot vorgehalten wird. Es wird in diesem Zusammenhang auch auf einen Ratsbeschluss verwiesen, durch den eine 3-wöchige Ferienbetreuung der OGS-Kinder seitens des Trägers festgelegt worden und damit de facto auch für die Kita-Kinder eine solche Betreuungsmöglichkeit gewährleistet ist.

Hinsichtlich des Bedarfes muss jedoch festgestellt werden, dass keine 10 Kinder aus Tageseinrichtungen hier eine entsprechende Rückmeldung gegeben haben. Soweit die Zahlung des Elternbeitrages für diese Ferienbetreuung für den einen oder anderen Elternteil aber zu viel sei, werde eine Regelung im Einzelfall gefunden, damit Kinder von Eltern mit geringem Einkommen dennoch an dieser Maßnahme teilnehmen können.

Es wurde nochmals darauf hingewiesen, dass auch bei steigendem Bedarf eine entsprechende Ferienbetreuung durch die Stadt Brühl sichergestellt werde.

**Ratsherr Weitz (S PD)** versteht bei der dargestellten Sachlage nicht die offensichtliche Kommunikationslücke beim Stadtelternrat.

**Fachbereichsleiter Nahlik** ist ebenfalls hinsichtlich des Informationsdefizites des Stadtelternrates überrascht. Alle Kindertageseinrichtungen sind seinerzeit von der Stadt im Hinblick auf die Ferienbetreuungsmöglichkeit angeschrieben worden und die Presse hat ebenfalls ausführlich darüber berichtet.

Die **Vorsitzende Küster (CDU)** äußert die Vermutung, dass es vielleicht auch daran liegen könne, dass der Stadtelternrat erst recht neu sei und daher noch einige Kommunikationsprobleme bestünden.

**Ratsherr Weitz (SPD)** fragt beim Stadtelternrat nach, wie viele Eltern sich den dort hinsichtlich eines bestehenden Bedarfes an Ferienbetreuung gemeldet hätten und ob nicht diese Meldung an die Stadt weitergeleitet werden könne.

Die **Vorsitzende Küster (CDU)** weist darauf hin, dass der Bedarf nicht beim Stadtelternrat sondern bei der Stadt direkt angezeigt werden müsse.

**Fachbereichsleiter Nahlik** verweist nochmals auf die notwendige konkrete Ansprache der Eltern bei den Leitungen der einzelnen Kindertageseinrichtungen vor Ort und sagt nochmals die Sicherstellung des Bedarfes an Ferienbetreuung zu.

**Herr Gies (Stadtelternrat)** bestätigt die Aussage von Herrn Nahlik hinsichtlich des Informationsschreibens über das Ferienbetreuungsangebot an alle Eltern. Die Frage bezüglich des bedarfsgerechten Angebotes stelle sich jedoch für ihn weiterhin. Aus den fehlenden Rückmeldungen könne man seines Erachtens aber nicht auf einen geringen Bedarf schließen. Vielmehr hätten Eltern zwischenzeitlich nach eigenen Lösungen gesucht.

Gerade aber auch die Kinder, die zur Schule wechseln, würden nach der Kindergartenzeit zunächst eine 2-wöchige Ferienbetreuung an einer OGS-Schule verbringen- die sie in den seltensten Fällen anschließend auch besuchen-, dann in die Ferienzeit entlassen werden und anschließend zum Schulbeginn erneut einen Ortswechsel vornehmen müssen mit einer weiteren Eingewöhnungszeit in der neuen Schule. Dies stelle an die Eltern schon eine gewisse Herausforderung.

Es wird nochmals angeregt, nicht besetzte Plätze - z.B. weil die Eltern auf die Eingewöhnungszeit vor der Schließzeit der Einrichtung verzichten- mit Kindern zu belegen, die ein Betreuungsangebot zwingend benötigen, damit auch die entsprechenden Zuschüsse nicht verloren gehen.

**Herr Schmitz (Verwaltung)** erwidert, dass hinsichtlich der Finanzierung der Tageseinrichtungen aufgrund möglicher fehlender Inanspruchnahme ab dem 1.8.2011 keinerlei Zuschüsse verloren gehen. Die Finanzierung sei davon in keiner Weise abhängig, ob nun Plätze zum 1.8. besetzt sind oder nicht. Die Zahlung der Kindpauschalen erfolgt für ein gesamtes Kindergartenjahr (1.8. -31.7. d. Folgejahres) auf der Basis der Trägermeldungen zum 15.3. Die Finanzierungsfrage spiele mithin keine Rolle in dem vom Stadtelternrat aufgezeigten Zusammenhang.

**Fachbereichsleiter Nahlik** weist nochmals darauf hin, dass bei einem bestehenden Bedarf an Ferienbetreuung sich die Eltern umgehend an die Leitungen der Tageseinrichtungen wenden sollten und er sei sicher, dass auch zufriedenstellende Lösungen zu finden.

**Erster Beigeordneter Brandt** verweist in diesem Zusammenhang auf die vom Land festgelegten Termine. Das Kindergartenjahr endet am 31.7. und das Schuljahr beginne am 1.8. Die Schulpflicht und damit die Inanspruchnahme all dessen was damit zusammenhängt beginnt jedoch am 1. Schultag. Es wird damit automatisch eine entsprechende Lücke in Kauf genommen nämlich für den Fall, dass die Schulferien so spät festgelegt sind. Die Kommune, die diese Problematik nun umzusetzen hat, hat eine entsprechende Lösungsmöglichkeit gefunden. Es mag sein, dass diese Lösung in dem ein oder anderen Falle vielleicht nicht die gewünschte Akzeptanz findet, wie man sie sich eigentlich vorstellen könnte. Aber es wurde eine Lösung an dieser Stelle gefunden. Eine 100% Zufriedenheit werde man wohl jedoch nie erreichen können.

**Beschluss:**

Der Jugendhilfeausschuss nimmt den Bericht des Bürgermeisters zur Kenntnis.

**4. Anerkennung der „Schumaneck Kinderhaus eGmbH“ als örtlicher Träger der freien Jugendhilfe gemäß § 75 SGB VIII**  
**- Vorlagen-Nr. 127/93 m**

**Beschluss:**

Der JHA erkennt die „Schumaneck Kinderhaus eGmbH“ als örtlichen Träger der freien Jugendhilfe gemäß § 75 SGB VIII an.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig, 1 Enthaltung

**5. Mitteilungen**

**5.1. Kennzahlen zu ausgewählten Arbeitsbereichen im Jugendamt**  
**- Vorlagen-Nr. 6/11**

Die **Vorsitzende Küster (CDU)** begrüßt diese Aufstellung im Hinblick auf die ausgewählten Arbeitsbereiche und stellt die entsprechende Aufstellung auch für alle Bereiche des Jugendamtes in Aussicht.

**Herr Schmitz (Verwaltung)** weist auf den Punkt 2.2. und hier in der Tabelle auf die Versorgungsquote mit Paten bei den städtischen Spielplätzen hin. Hier liegt leider ein Berechnungsfehler vor. Eine Korrektur erfolge in der Niederschrift. Nachstehend daher die korrigierte Tabelle:

2.2 Kennzahlen 2008-2010

	<b>2008</b>	<b>2009</b>	<b>2010</b>
<b>Anzahl der 3-14 jährigen am 31.12.</b>	5220	5165	4950
<b>Anzahl Spielplätze</b>	30	30	30
<b>Anzahl Bolzplätze</b>	15	15	15
<b>Fläche Spielplätze in qm</b>	43372	43372	43372
<b>Fläche Bolzplätze in qm</b>	18939	18939	18939
<b>Anzahl städt. Spielplätze mit Paten</b>	8	10	10
<b>Versorgungsquote mit Paten</b>	26,7%	33,3%	33,3%
<b>Anzahl städt. Bolzplätze mit Paten</b>	2	3	2
<b>Versorgungsquote mit Paten</b>	13,3%	20,0%	13,3%
<b>Gesamtanzahl Paten</b>	10	13	12
<b>Versorgungsquote mit Paten insgesamt</b>	22,2%	28,9%	26,7%

## 5.2. Kindertageseinrichtung St. Severin in Schwadorf

**Erster Beigeordneter Brandt** teilt mit, dass entsprechend einem zwischen der Stadt Brühl und dem Erzbistum unterzeichneten Eckpunktepapier aufgrund der geführten Verhandlungen nunmehr die Kindertageseinrichtung St. Severin in Schwadorf mit einer Gruppe bis zum Jahre 2018 erhalten bleibt.

Danach werde es eine Klärung geben aufgrund des bestehenden Bedarfes.

Ab dem Sommer 2012 werde daher in der Tageseinrichtung neben 1 Kindergartengruppe auch eine Großtagespflegestelle mit bis zu 9 Kindern im Alter von 1-3 Jahren bestehen.

## 6. Anfragen

### 6.1. Sozialkonferenzen an Brühler Grundschulen hier: Anfrage von Ratsfrau J.Mäsgen (Grüne) in der Sitzung des JHA am 27.1.2011 - Vorlagen-Nr. 35/07 I

**Ratsfrau Mäsgen (Grüne)** bedankt sich für die informative Vorlage und fragt an, ob der am 17.3.2011 vorgestellte Bericht in der Konferenz der Grundschulleitungen (siehe Vorlage) nicht auch im Jugendhilfeausschuss nochmals erfolgen könne.

**Fachbereichsleiter Nahlik** teilt mit, dass neben seiner Person für den Fachbereich h 40 auch der Jugendamtsleiter, Herr Schmitz, an dieser Konferenz teilgenommen und der Bericht großen Anklang gefunden habe. Dieses Projekt solle nun zunächst in den jeweiligen Schulen besprochen werden und anschließend erfolge eine entsprechende Rückmeldung an die Stadt. Er sei sehr optimistisch, dass es zu einer Projektverwirklichung auch bei weiteren Schulen kommen werde.

**Ratsfrau Mäsgen (Grüne)** fragt nach, ob der Bericht in der Schulkonferenz dem Inhalt der vorliegenden Vorlage entsprochen habe oder aber darüber hinaus weitere Erläuterungen erfolgten.

**Herr Schmitz (Verwaltung)** verweist auf die grundsätzlichen Ausführungen in den Vorlagen des Jahres 2009 zu diesem Thema. In der heutigen Sitzung der Schulkonferenz hat insbesondere auch die Schulleiterin der Grundschule Vochem, Frau Schmidt, einen Erfahrungsbericht im Rahmen der dort stattgefundenen 1 ½-jährigen Modell-Pilotphase gegeben. Weitere Informationen habe es aber nicht gegeben. Es wird nochmals darauf hingewiesen, dass dieses Projekt grundsätzlich ja einfach und unspektakulär sei. Unterschiedliche Personengruppen finden sich zusammen und besprechen die Probleme, die Kinder und Familien haben und überlegen gemeinsam, wer und in welcher Form zur Lösung dieser Probleme dann beitragen könne.

### Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss nimmt den Bericht des Bürgermeisters zur Kenntnis.

- 6.2. **Kindertagespflege in Brühl**  
**hier: Entzug der Pflegeerlaubnis**  
**Bezug: Anfrage des Rats Herrn Weitz (SPD) in der Sitzung des JHA am**  
**27.1.2011**  
**- Vorlagen-Nr. 149/88 ev**

Ratsherr Weitz (SPD) bedankt sich für die Antwort.

**Beschluss:**

Der Jugendhilfeausschuss nimmt den Bericht des Bürgermeisters zur Kenntnis.

- 6.3. **Hilfen zur Erziehung**  
**hier: Anfrage der Vorsitzenden Frau Küster in der Sitzung des JHA am**  
**23.9.2010**  
**Vorlagen-Nr. 57/06 t**

Die **Vorsitzende Küster (CDU)** bedankt sich bei der Verwaltung für die ausführliche Darstellung.

**Beschluss:**

Der Jugendhilfeausschuss nimmt den Bericht des Bürgermeisters zur Kenntnis.

- 6.4. **Tagesbetreuung in Einrichtungen**  
**hier: Betreuungszeiten nach dem Kinderbildungsgesetz (KiBiz) in Brühler**  
**Tageseinrichtungen**  
**Bezug: Anfrage des Rats Herrn Weitz (SPD) in der Sitzung des JHA am**  
**27.1.2011**  
**Vorlagen-Nr. 48/88 cw**

Ratsherr Weitz (SPD) bedankt sich für die Antwort.

**Beschluss:**

Der Jugendhilfeausschuss nimmt den Bericht des Bürgermeisters zur Kenntnis.

**6.5. Kindertageseinrichtung St. Severin in Schwadorf  
Anfrage Ratsherr Köllejan (CDU)**

Das Ergebnis wird sehr begrüßt und es wird angefragt, wann die Kath. Kirche als Träger der Einrichtung St. Severin eine entsprechende Elterninformation durchführe und in welchem Rahmen dies erfolge.

Des Weiteren stelle sich auch die Frage nach der Auslastung der Einrichtung, da offensichtlich nur ein zeitlich begrenztes Betreuungsangebot (35 Stunden) angeboten werde.

**Herr Kühn (kath. Kirche)** teilt mit, dass er soeben erst eine entsprechende Information hierüber durch den Dechanten erhalten habe. Selbst die Leitung der Einrichtung habe bis heute noch keine Information darüber. Weiter Schritte müssten jetzt gemeinsam abgesprochen werden.

Hinsichtlich des Betreuungsangebotes sei darauf hinzuweisen, dass aufgrund einer Nachfrage von nur 2 Kindern für eine 45-Std. Wochenbetreuung hier im Hinblick auf das KiBiz dann nur eine 35-Std. Blocköffnungszeit angeboten werden könne. Für weitergehende Betreuungswünsche der Eltern werde dann an das Familien- und Kinderbüro der Stadt verwiesen.

**Ratsherr Köllejan (CDU)** verweist nochmals auf das besondere Engagement der Schwadorfer Dorfgemeinschaft sowie des Elternrates der Einrichtungen in dieser Sache.

**6.6. Pfadfinderheim Brühl-Heide  
Anfrage sachkundiger Bürger Wasem (CDU)**

Nach seinen Informationen bestehe derzeit nur eine eingeschränkte Betriebserlaubnis für das Pfadfinderheim in Brühl-Heide aufgrund einer fehlenden Außensicherheitstreppe. Es wird angefragt, warum trotz einer entsprechenden Zusage im Sommer letzten Jahres bis heute diese Treppe noch nicht angebracht worden sei.

**Herr Schmitz (Verwaltung)** teilt mit, dass es sich hier weder um ein bauliches noch um ein finanzielles Problem handelt, sondern nach seinen Erkenntnissen der Grund in der Beschaffung liege.

**6.7. Karnevalsparty im Jugend- und Kulturhaus „Cultra“  
Anfrage Ratsfrau Mäsgen (Grüne)**

Es wird von einer sehr positiven Resonanz der diesjährigen Karnevalsparty im „Cultra“ berichtet, gleichzeitig aber der recht hohe Eintrittspreis kritisiert.

Es wird angefragt, ob man nicht von dem Träger der Einrichtung - Arbeiter Samariter Bund (ASB) - eine Kostenaufstellung im Hinblick auf die Angemessenheit des Eintrittspreises erhalten könne.

**Erster Beigeordneter Brandt** sagt eine entsprechende Kontaktaufnahme mit dem ASB als privatrechtlichem Träger dieser Einrichtung zu.

**Herr Schmitz (Verwaltung)** ergänzt, dass man grundsätzlich mit dem ASB die Höhe des Eintrittsentgeltes von 10 € für derartige Veranstaltungen erörtern könne. Als freier Träger sei der ASB aber überhaupt nicht verpflichtet, seine Zahlen offen zu legen.

**Ratsfrau Dr. Frantziach-Immenkeppel (CDU)** teilt mit, dass sie selbst dort war und sie neben einem „vollen Haus“ und einer sehr guten Stimmung eine hervorragende Betreuung durch eine Vielzahl von Mitarbeitern festgestellt habe. Ein solches Angebot koste natürlich auch Geld.

**Herr Schmitz (Verwaltung)** verweist auf eine Nachfrage von der Vorsitzenden darauf hin, dass im dem Eintrittsgeld keine Getränke enthalten waren, da es nicht Absicht des ASB sei, über einen Getränkeverkauf entsprechende Einnahmen zu erzielen. Vielmehr legt der ASB darauf Wert, dass eben nicht soviel getrunken werde.

Die **Vorsitzende Küster (CDU)** begrüßt nochmals diese Veranstaltung des ASB und man könne froh sein, dass den Jugendlichen hier ein interessantes Angebot gemacht werde.

**6.8. Spielplatz Auf der Pehle  
Anfrage Herr Wehrhahn (AWO)**

Er verweist auf das defekte Trampolin und auf eine mögliche Verletzungsgefahr bei den Kindern hin und bittet hier um weitere Veranlassung.

---

---

---